

«Kaufleute 2022»: neue Reform, bekannte Fehlkonstruktion



Liebe Leserin, lieber Leser

Am 11. April stiess ich zufällig in den Bildungsblogs «Schule Schweiz» und «Condorcet» auf alarmierende Beiträge zur geplanten KV-Reform «Kaufleute 2022». Von einer «radikalen Reform» war die Rede, bei der «kein Stein auf dem anderen» bleibe. Ich runzelte die Stirn: Wie war es möglich, dass ich, als gut informierter und vernetzter Präsident eines kantonalen Lehrpersonenverbandes (inklusive Berufsbildung), bis dahin noch nichts von diesem Grossprojekt, das bereits in etwas mehr als einem Jahr Tatsache werden sollte, vernommen hatte?

Sofort wandte ich mich an unsere Verbandssektion LVHS (KV-Lehrpersonen) und die restliche LVB-Geschäftsleitung, um rasch möglichst viele Informationen zusammenzutragen. Innert weniger Tage aktivierten wir unser Netzwerk und tauschten uns unter anderem mit Bildungsdirektorin Monica Gschwind, Urs Berger von der Wirtschaftskammer und diversen dem LVB zugewandten Mitgliedern des Landrats, des Grossen Rats Basel-Stadt und des Nationalrats aus. Überall zeigte man sich beunruhigt, besorgt oder gar empört über Inhalte, Vorgehen

und Fahrplan der Reform. Es folgten politische Vorstösse in kantonalen und nationalen Parlamenten.

Zuständig für das Grossprojekt ist die Schweizerische Konferenz der kaufmännischen Ausbildungs- und Prüfungsbranchen (SKKAB). Sie ist verantwortlich für die Qualität und die Entwicklung der kaufmännischen Grundbildung und arbeitet seit 2018 an dieser Reform der KV-Lehre, zu deren Eckpfeilern diese Punkte gehören:

- Aus Fächern wie Deutsch oder Mathematik werden «Handlungskompetenzen» wie «Interagieren in einem vernetzten Arbeitsumfeld» oder «Gestalten von Kunden- und Lieferantenbeziehungen».
- Nur noch eine, vom jeweiligen Kanton festgelegte Fremdsprache ist obligatorisch.
- Bisherige Pflichtfächer wie Finanz- und Rechnungswesen werden zur Optionen herabgestuft.
- Mit der Basisbildung (B-Profil) und der erweiterten Grundausbildung (E-Profil) sollen zwei der drei bisherigen KV-Profile gestrichen und durch «flexiblere Möglichkeiten ersetzt» werden.

Auch die Medien nahmen das Thema nun auf. Mit Verweis auf einen lesenswerten Artikel bei watson.ch veröffentlichte ich am 18. April in den sozialen Medien diese Stellungnahme: «Man lernt einfach nichts aus den bildungspolitischen Grossreformen der letzten 15 Jahre. Wieder bleibt die Entwicklung viel zu lange einem kleinen Kreis Involvierter vorbehalten, bevor man mit dem bekanntesten Euphemismus des «sportlichen Fahrplans» und vollmundigen Zusicherungen eine fundierte und möglichst breite Auseinandersetzung vernachlässigt. Ganz viele Direktbetroffene – von KMUs bis zu den Berufsfachschulen – haben bis dato kaum eine konkrete Ahnung davon, was da schon 2022 auf

sie zurollen soll. Und auf die immer gleichen Worthülsen aus der Einleitung des Handbuchs für Change Management reagiere ich ohnehin allergisch. Positiv besetzte Begriffe allein nützen noch gar nichts. Das Schicksal eines Projekts entscheidet sich immer in seiner konkreten Umsetzung.»

«Nichts gelernt!» So also hatte meine Losung gelaute. Diese bezog sich selbstredend auf andere Grossreformen der jüngeren Vergangenheit wie den Lehrplan 21 oder Passepartout. Auch dort war man als betroffene Lehrkräfte entweder geradewegs vor vollendete Tatsachen oder zumindest vor bewusst viel zu knapp bemessene Vernehmlassungsverfahren gestellt worden. Mitwirkung als Potemkinsches Dorf, Einbezug als Farce.

Wenn wir in den vergangenen Jahren etwas schmerzlich erfahren mussten, dann dies: Pädagogisches Erfahrungswissen zählt im technokratischen Reformdiskurs nichts. Einwände derjenigen, welche top-down verordnete Konzepte dann in der Realität umsetzen und letztlich verantworten müssen, werden wie lästige Störmanöver zulasten der effizienten Umsetzungsstrategie behandelt. Mahnende Stimmen werden daher leichthin als «ewiggestrig» etikettiert.

Dabei kämen die Schwachstellen von Schreibtischkonzepten eben gerade durch den frühzeitigen und ernstgemeinten Einbezug der Berufspraxis schnell und fassbar ans Licht. So benannte der Zürcher Verband der Berufsbildungslehrkräfte (ZLB) in seiner Pressemitteilung vom 2. Juni unter anderem: «Die schulische Ausbildung würde marginalisiert. [...] Handlungskompetenzen zu unterrichten, ohne vorgängig Grundlagen zu vermitteln, ist wie ein Dach zu bauen, ohne Mauern zu erstellen. Zudem entstünde ein heillosen Wirrwarr, wenn in einem

Fach verankerte Lehrkräfte bloss noch eine der erwähnten Handlungskompetenzen unterrichten sollten. [...] Der Staat, der die Ausbildung finanziert, müsste ein Interesse daran haben, dass auch Wissen vermittelt wird, das es erlaubt, sich in den politischen und gesellschaftlichen Diskurs einzubringen. [...] Die Abschaffung der Profile Basis und Erweitert würde entweder zu einer Überforderung von schwächeren Schülerinnen und Schülern oder zu einer Niveausenkung führen. [...] Wenn am KV nur noch Handlungskompetenzen unterrichtet werden, ist eine gemeinsame Basis mit der Berufsmaturität, die in Fächern stattfindet, nicht mehr vorhanden.»

Lehrkräfte der SekI, wenn man sie denn gefragt hätte, hätten überdies sofort erkannt, dass man eine derart umfassende Reform der beliebtesten Berufslehre der Schweiz nur schon deshalb mit deutlich mehr Vorlauf angehen müsste, weil jene Schülerinnen und Schüler, die 2022 ihre Lehre beginnen, sich aktuell bereits mitten im Berufswahlprozess befinden. Wer für tausende Jugendliche während dieses Vorgangs die Spielregeln und Rahmenbedingungen auf den Kopf stellt, handelt verantwortungslos.

«Nichts gelernt!» Das kennen wir auch aus Mani Matters Liedgut, konkret aus dem Chanson «Si hei der Wilhalm Täll ufgfüert», wo es heisst: «Wiso fragt dä so dumm, het dä ir Schuel de nüt Rächts glehrt?» Nun, die Befürchtung, wonach künftige KV-Lernende in der Schule auch nichts Rechtes lernen würden, drängt sich einem bei genauere Betrachtung der Reformpläne auch auf: «Leistungsziele d5. 1a/b: Sie wenden Small Talk-Techniken an.»

Mani Matters Klassiker, in Anlehnung an jenen Schillers, bietet überdies Anlass für eine weitere Analogie, selbst wenn diese auf den ersten Blick etwas pathetisch wirken mag: Dieses zum unerträglichen Usus gewordene Vor-

gehen, die Planungs- und Deutungshoheit bildungspolitischer Grossreformen einem (vermeintlich) elitären kleinen Zirkel zu überlassen, ist zu tiefst unschweizerisch. Es verträgt sich nicht mit unserem direktdemokratisch geprägten Staatsverständnis, wo an jeder Gemeindeversammlung über Projekte gestritten und abgestimmt, und selbst auf nationaler Ebene jeder Erlass via Referendum angefochten werden kann. Eine absurde Verpflichtung wie das Grüssen eines Hutens auf einer Stange wird dadurch nicht besser akzeptiert, dass die Urheber des verordneten Zwanges nicht mehr auf Trutzburgen, sondern in chicen Büros thronen.

Und doch greift die Diagnose «Lernresistenz» wohl zu kurz. Einmal mehr erscheint die Wirklichkeit noch profaner. Der «Condorcet»-Blog veröffentlichte am 3. Juni diese Recherche-Ergebnisse: Der Vorstand der SKKAB beauftragte 2017 die Firma Ectaveo mit der Planung und Durchführung der KV-Reform. Diese Firma ist eine Unternehmensberatung, die sich auch auf Bildungsreformen spezialisiert hat. Der Millionenauftrag erfolgte ohne vorherige Ausschreibung. Allein der Bund hat 1,2 Millionen Franken beige-steuert. Mitglied des damaligen SKKAB-Vorstands war Matthias Wirth, der nach Insiderinformationen dafür gewiebelt haben soll, dass Ectaveo den Auftrag erhielt. Inzwischen sitzt er nicht mehr im Vorstand der SKKAB, sondern ist Projektleiter bei ... Ectaveo.

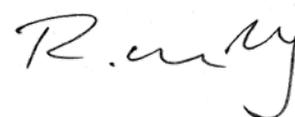
Mehr noch: Gemäss Ectaveo sollen alle Lernenden künftig mit persönlichen Portfolios arbeiten. Auf diese haben die Berufsschul-Lehrkräfte direkten Zugang, müssen dafür aber eine Lizenz lösen. Ectaveo liefert nicht nur die dazugehörigen Kompetenzraster, sondern organisiert auch die Weiterbildungen der Lehrkräfte, wo den Teilnehmenden die erforderlichen Lizenzen für 140 CHF pro Lehrperson und Jahr aufgedrängt werden. Die

nötigen Programme werden von der Firma Konvink entwickelt und angeboten. Und wem gehört diese? Auf der Website von Ectaveo steht: «Konvink und Ectaveo gehören zusammen. Irgendwie. Und es funktioniert. Sehr sogar!»

Die Macher des «Condorcet»-Blogs verwenden in diesem Kontext den Terminus «bildungs-industrieller Komplex». Dieser dürfte abgeleitet sein vom «militärisch-industriellen Komplex», vor dessen Einfluss US-Präsident «Ike» Eisenhower 1961 in seiner Abschiedsrede gewarnt hatte. Ersetzen wir als Gedankenexperiment Eisenhowers Begriff durch denjenigen der «Condorcet»-Redaktion, so entsteht dies: «Wir müssen uns davor schützen, dass der *bildungs-industrielle* Komplex ungerechtfertigten Einfluss erlangt [...]. Das Potenzial für den verhängnisvollen Aufstieg fehlgeleiteter Macht besteht und wird bestehen bleiben. Wir dürfen niemals zulassen, dass das Gewicht dieser Kombination unsere Freiheiten oder demokratischen Prozesse gefährdet.»

Grossreformprojekte in unserem Bildungssystem sind längst zum Big Business geworden. Zu welchem Preis? Und zu wessen Vorteil?

Übrigens: Sechs Jahre nach der hastigen Einführung des Lehrplans 21 auf der Primarstufe sind wir weiterhin mit Schnittstellenklärungen zwischen den Schulstufen beschäftigt. Und im ersten Schuljahr nach der errungenen Lehrmittelfreiheit wählten auf der Sekundarstufe noch zwei von 178 Lehrpersonen das zuvor monopolistisch verordnete Passepartout-Lehrmittel «Clin d'oeil».



Roger von Wartburg
Präsident LVB